

A photograph of a grand, multi-story historical building with a red-tiled roof and ornate white facade. The building features numerous windows with dark frames and decorative elements like statues on the roofline. A large green tree is in the foreground on the right, and a street with a cobblestone sidewalk and a street lamp is visible on the left.

› STARKE KOMMUNALE UNTERNEHMEN – FÜR EIN STARKES SACHSEN-ANHALT

Themenschwerpunkte für die Legislaturperiode 2021 bis 2026



47 Unternehmen¹⁾

*sind in der Landesgruppe
Sachsen-Anhalt vertreten*



5.850 MitarbeiterInnen²⁾

*beschäftigen die Unternehmen
der Landesgruppe*



2,52 Mrd. Euro Umsatz²⁾

*erwirtschaften die Mitgliedsunternehmen
in Sachsen-Anhalt jährlich*



350 Mio. Euro Investitionen²⁾

leisten die Betriebe der Landesgruppe jährlich

¹⁾ Stand 2019
²⁾ Stand 2018

KOMMUNALE UNTERNEHMEN IN SACHSEN-ANHALT

Kommunale Unternehmen machen Sachsen-Anhalt lebenswert und legen den Grundstein für wirtschaftlichen Erfolg im Bundesland. Was wären wir ohne die Stadtwerke, die Strom, Gas und Wärme in die Haushalte und Unternehmen bringen? Was wäre Sachsen-Anhalt ohne die Unternehmen und Verbände, die täglich sauberes Trinkwasser liefern und das gebrauchte Abwasser nachhaltig reinigen? Was wären die Kommunen ohne Stadtreinigung, Bäderbetrieb oder den öffentlichen Personennahverkehr? Wo wären die Sachsen-Anhalterinnen und Sachsen-Anhalter ohne die Glasfaser- und Breitbandnetze, die kommunale Unternehmen in den vergangenen Jahren verlegt haben?

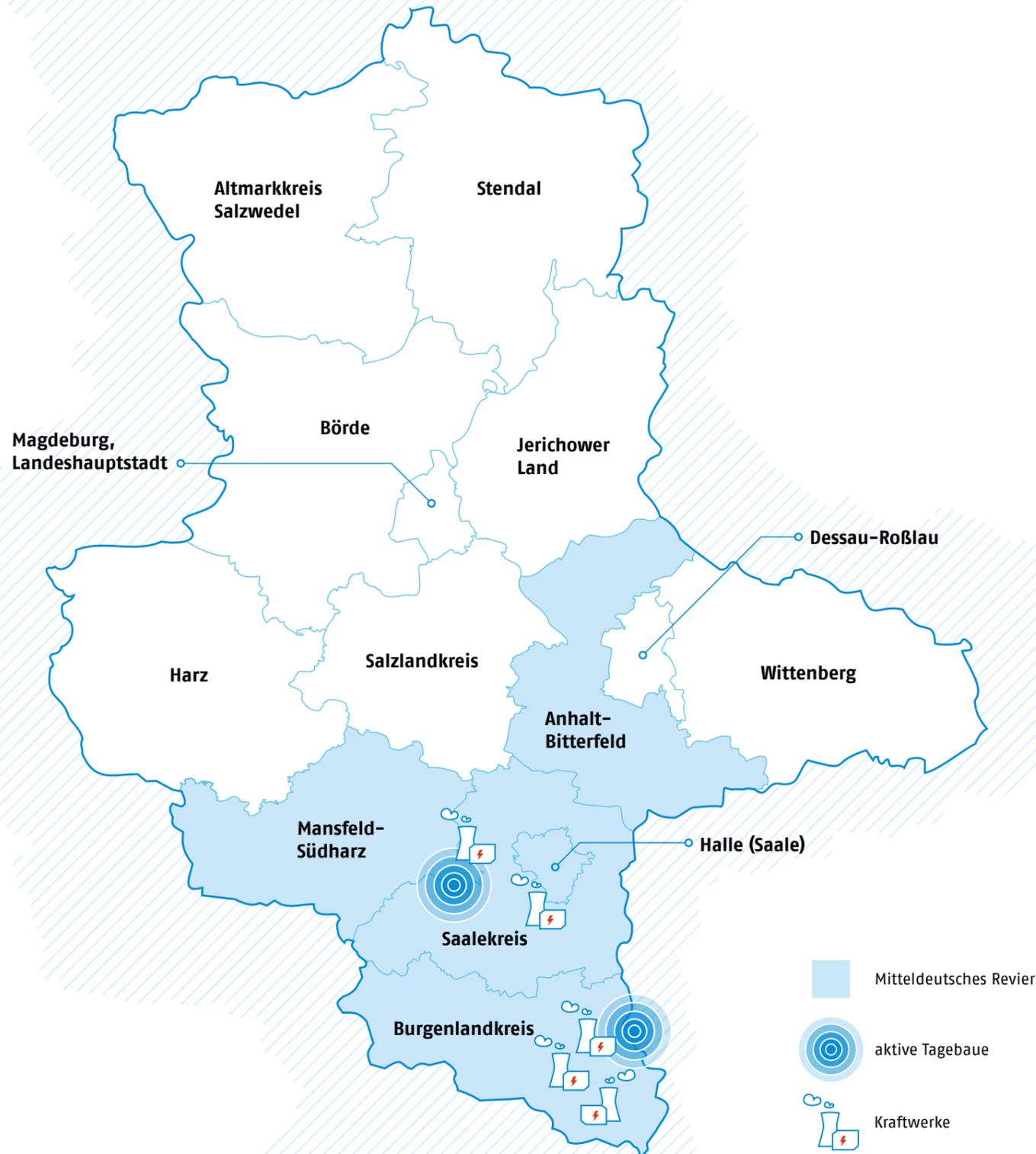
Die Infrastrukturdienstleistungen der kommunalen Unternehmen sind unentbehrlich für das tägliche Leben und essenziell für den Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt. Das alles geschieht rund um die Uhr bürgernah vor Ort. Kommunale Unternehmen sind demokratisch legitimiert und bleiben durch ihre kommunale Eigentümerschaft in den Händen der Bürgerinnen und Bürger. Sie sind regional verankert und investieren vor Ort – zusammen mit dem regionalen Handwerk und Gewerbe. Dabei agieren sie vor allem im Rahmen der Daseinsvorsorge.

Kommunale Unternehmen sehen sich, wie unsere gesamte Gesellschaft, mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert – seien es Klimawandel, Digitalisierung oder demografischer Wandel. Damit kommunale Unternehmen auch in Zukunft moderne Daseinsvorsorge zu verlässlichen Preisen und ökologisch nachhaltig erbringen können, brauchen sie verlässliche, in sich schlüssige und ressortübergreifend abgestimmte Rahmenbedingungen. Nachfolgend finden Sie unsere Standpunkte zu aktuellen Herausforderungen in der Legislaturperiode 2021 – 2026.

Thomas Pietsch
Vorsitzender der
VKU-Landesgruppe
Sachsen-Anhalt

Anja Keßler-Wölfer
Geschäftsführerin der
VKU-Landesgruppe
Sachsen-Anhalt

STRUKTURWANDEL – MITTELDEUTSCHES REVIER



Die Tagebaubagger im Mitteldeutschen Revier werden verschwinden. Andere Energieressourcen werden an die Stelle der Braunkohle treten.

Mit dem Ausstieg aus dem Kohlestrom bis 2038 steht Deutschland vor einem Strukturwandel, den zu bewältigen nur gelingen kann, wenn für das Ziel gemeinsame Anstrengungen aller Anspruchsgruppen unternommen werden. Die konkreten Veränderungen in den betroffenen Regionen – in Sachsen-Anhalt das „Mitteldeutsche Revier“ – werden auch Auswirkungen auf das gesamte Land haben. Sachsen-Anhalt hat mit der Schaffung einer eigenen Stabsstelle für diese Aufgabe bereits erste wichtige Pflöcke eingeschlagen. Das Hinzuziehen von Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft bei der Entwicklung eines Strukturprogramms begrüßen wir außerordentlich und werden unsere Expertise der Energiewirtschaft gewinnbringend für alle Seiten einbringen.

Ziel muss es sein, das Strukturprogramm mit Leben zu füllen und das Papier lebendig fortzuschreiben. Der VKU bringt sich aktiv in diesen Prozess ein. Die in unserem Verband organisierten Unternehmen werden die Umsetzung der formulierten Maßnahmen mit ihren Möglichkeiten begleiten und umsetzen.

Der Strukturwandel kann nur erfolgreich gelingen, wenn über Reviergrenzen hinaus Akteure eingebunden werden, die einen Beitrag leisten können. Konkret ist hier die Stadtwerklandschaft genannt, die Ergebnisse aus der Wissenschaft – denken wir nur an den Einsatz von Wasserstoff – in konkrete Anwendungsfälle und Wertschöpfungsketten einbindet.

Im Kernrevier „Mitteldeutschland“ sind aufgrund der vorhandenen Standortfaktoren – Primärenergie in Form von Braunkohle lag und liegt „vor der Haustür“ – traditionell viele Industrieunternehmen angesiedelt.

Entsprechend erfolgt die Energieerzeugung derzeit wesentlich auf der Basis von Braunkohle. Die vorhandenen Kohlekraftwerke insbesondere auch im Revier sollen im Zuge des Kohleausstiegs vermehrt auf Gas umgestellt werden, mit der Vision, zunehmend Wasserstoff beizumischen.

Wegen der hierfür benötigten Gaskapazitäten wird dies nur durch den Ausbau bzw. die Erweiterung und Ertüchtigung der vorhandenen Gasnetze möglich werden. Das zieht ein entsprechendes Investment durch die örtlichen Versorgungsunternehmen in den nächsten Jahren nach sich. Es stellt sich immer mehr die Frage, wie diese notwendigen Investitionen für die Versorgungsunternehmen auskömmlich refinanziert werden können.

Der klare politische Wille sowohl der Europäischen Kommission als auch der Bundesregierung ist das Erreichen der Klimaneutralität bis 2050. Erdgas wird dann wahrscheinlich keine Rolle mehr spielen können, in welchem Umfang klimaneutrale Gase verteilt werden können, ist derzeit offen.

Dem steht die aktuelle Diskussion über die Zukunft der Gasnetzwerke entgegen, verbunden mit dem Ziel, ab 2050 keine Energieerzeugung aus fossilen Brennstoffen mehr zu ermöglichen. Wie werthaltig und refinanzierbar wären Investitionen in neue Gasnetze aus diesem Gesichtspunkt heraus?

Hier halten wir Maßnahmen für erforderlich, die notwendige Umstellung auf den Primärenergieträger Gas durch die Industrie unter diesem Aspekt auch für die Versorgungswirtschaft auskömmlich zu gestalten.

ERNEUERBARE ENERGIEN UND WASSERSTOFF



Sachsen-Anhalt hat durch den früh herausgebrachten Windatlas einen gut ausgebauten Windkraftpark mit weiteren Ausbaupotenzialen. Gerade das Herauswachsen der Windkraftanlagen (WKA) aus dem EEG (20a) stellt hier eine Chance dar, einen Weg für ältere WKA für einen weiteren wirtschaftlichen Betrieb aufzuzeigen. Dazu bedarf es vereinfachter Verfahren und des Abbaus von Bürokratie. Dies trifft auch für die Neugenehmigung von Anlagen zu. Die Energiewende darf nicht an bürokratischen Verfahren scheitern, die das Engagement von Investoren – insbesondere von kommunalen Eigentümern, deren Gewinn der Kommune zu Gute kommt – durch langwierige Genehmigungsprozesse ins Leere laufen lassen.

Neben den etablierten erneuerbaren Energien muss ein Feld für neue Technologien bereit werden. Das sollte immer unter der Prämisse geschehen, kohlenstoffhaltige fossile Energieträger bei Weiternutzung der bestehenden Infrastrukturen zu substituieren. Eine parallele Errichtung z.B. reiner Wasserstoffnetze ist mit enorm hohen Kosten und vor allem mit erheblichen CO₂-Aufwand für die Fertigung und die Montage dieser Netze verbunden. Das ist bei einer zunehmenden Beimischung von Wasserstoff in vorhandene Erdgasnetze vermeidbar.

Wasserstoff hat das Potenzial, zu einer weiteren tragenden Säule der Transformation zu werden. Sachsen-Anhalt verfügt für alle Optionen der Wasserstoffherzeugung über eine gute Ausgangsbasis. Es besteht ein leistungsfähiges Erdgasfernleitungsnetz, um Erdgas als Ausgangsstoff zu importieren, es produzieren eine Vielzahl von erneuerbaren Energieerzeugungsanlagen große Mengen an CO₂-freiem Strom. Des Weiteren ist Potenzial für einen weiteren Ausbau vorhanden. Es gibt ein gut ausgebautes Gasverteilnetz, um anfänglich kleinere Mengen und später größere Beimischungen oder reinen Wasserstoff zu den Nutzern zu transportieren. Natürlich sind an den Netzen und den Endgeräten Ertüchtigungen vorzunehmen, die nur schrittweise realisierbar sind.

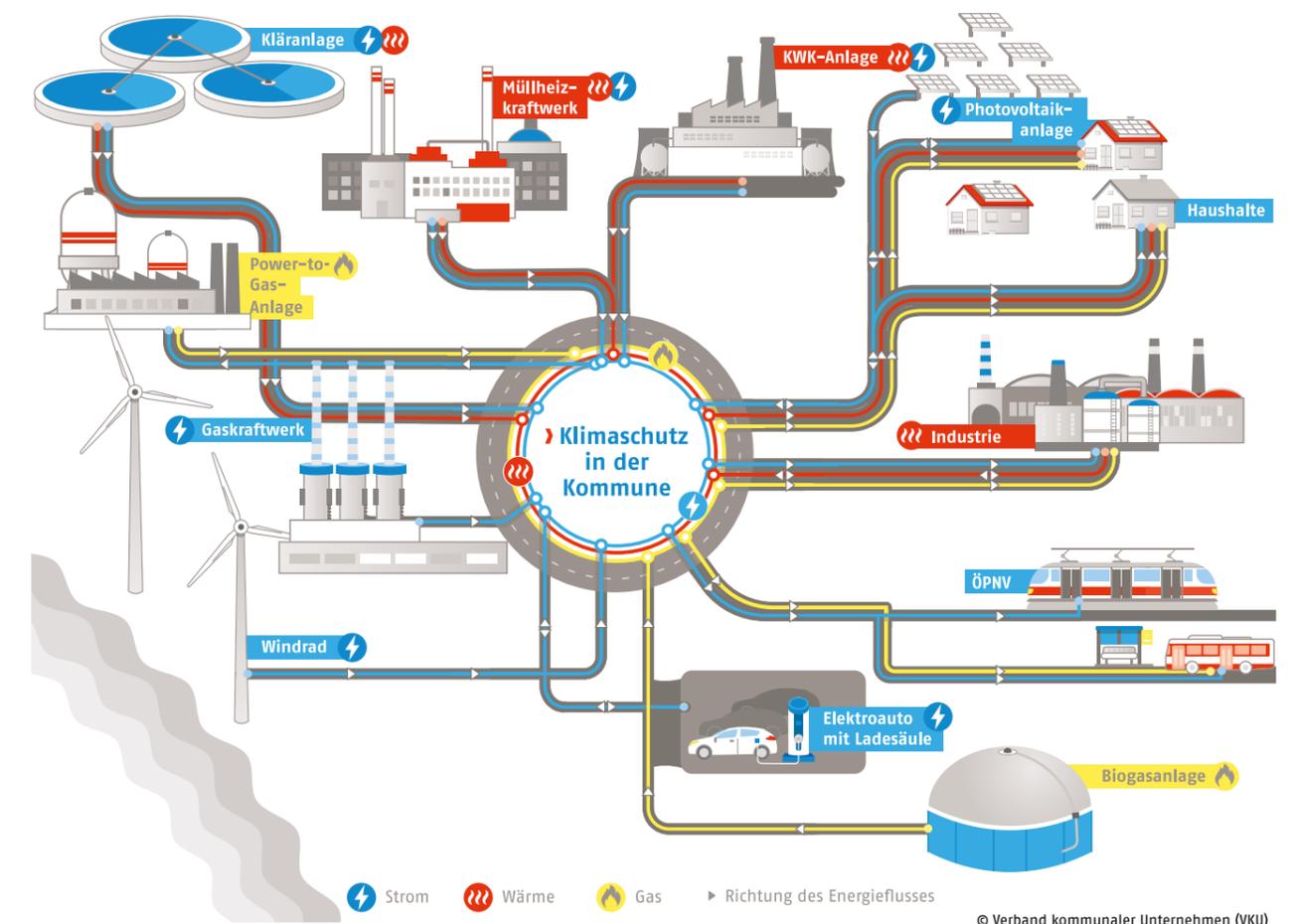
Die Nachfrage nach Wasserstoff steigt, als lokale Versorger werden vor allem auch die Stadtwerke angesprochen, diesen Wasserstoff bis zum Unternehmenssitz zu transportieren. Die Industrie benötigt für ihre Prozesse in der Regel reinen Wasserstoff, was den Aufbau einer separaten Infrastruktur nach sich zieht. Hierfür braucht es Rahmenbedingungen, um den Transport auskömmlich für Industriekunden und Netzbetreiber, gerade auch in unserem Industrieland, zu gestalten.

Ziel muss es sein, Abgaben und Umlagen für die Erzeugung erneuerbarer Gase sektorkopplungsgerecht auszugestalten. Es bedarf eines Level-Playing-Fields über alle Anwendungen der Sektorkopplung hinweg, welches die Dekarbonisierung und die Nutzung von Flexibilitätspotenzialen in den Mittelpunkt stellt. Dazu müssen alle schon getätigten Investitionen und nutzbaren Ressourcen, wie die Erdgastransport- und verteilnetze sowie die Endgeräte zur Energieumwandlung, so weit wie möglich eingebunden werden, um ein volkswirtschaftliches Optimum zu erreichen. Die Wasserstoffherzeugung soll dezentral so bemessen sein, dass genau dort, wo überschüssiger regenerativer Strom erzeugt wird, dieser vor Ort in Wasserstoff umgewandelt wird und an die heutige Erdgasinfrastruktur übergeben wird. Die Finanzierung von Projekten in Forschung und Entwicklung unter den gegebenen regulatorischen Rahmenbedingungen ist für kommunale Unternehmen faktisch nicht darstellbar.

Für die Etablierung erneuerbaren und dekarbonisierten Wasserstoffs sollte die Nutzung in allen Sektoren (Industrie, Verkehr, Wärme, Stromerzeugung) im Blick bleiben. Nur ein möglichst breiter Fokus garantiert eine umfassende Marktöffnung und erschließt stetig wachsende Beiträge für die Erreichung der Klimaschutzziele sowie die Zukunftsfähigkeit der Gasnetzinfrasturktur.

Sektorkopplungstechnologien können die Volatilität der erneuerbaren Stromerzeugung ausgleichen und dabei die Systemintegration des erneuerbaren Stroms in allen Sektoren vorantreiben. Power-to-Gas kann einen Beitrag zur Versorgungssicherheit in einem auf erneuerbare Stromerzeugung ausgerichteten Energiesystem leisten.

KLIMASCHUTZ – KOMMUNALE UNTERNEHMEN HABEN DIE INFRASTRUKTUR UND DIE KONZEPTE



WASSER ALS RESSOURCE

Funktionierende Trinkwasserversorgung ist Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung und den anstehenden Strukturwandel in Sachsen-Anhalt. Trinkwasser ist das wichtigste Lebensmittel, es ist auch Standortfaktor ersten Ranges. Die Entwicklung traditioneller Industriestandorte und neuer Ansiedlungen, etwa die Wasserstoffproduktion, sind ohne funktionierende Fernwasser- und ortsnahe Versorgung undenkbar.

Trinkwasser ist eine knapper werdende Ressource. Schon heute beträgt die mittlere Grundwasserneubildungsrate in Sachsen-Anhalt mit etwa 64 Millimeter pro Jahr nur die Hälfte der durchschnittlichen Neubildung in Deutschland. Häufigere und längere Trockenperioden führen zu einer verstärkten Belastung der Wasserressourcen. Daneben wirken die zunehmenden Starkregenereignisse wenig positiv. Hier können langfristige Überlegungen zur Rückhaltung von Niederschlagswasser und Einleitung in den Untergrund weiterführen, potenzielles Trinkwasser vor Ort zu nutzen.

Zunehmend werden Kapazitätsgrenzen der bestehenden Anlagen erreicht. Die Unternehmen reagieren mit einer Intensivierung der Entnahmemengen bzw. der Investition in die Anlagen mit zum Teil zweistelligen Millionenbeträgen. Zudem sind die Nutzungsmengen oder -dauern von Altanlagen ausgeschöpft. Es besteht mittelfristig ein Erneuerungsbedarf, der weit über dem liegt, was bisher für den Substanzerhalt aufzuwenden war.

Trinkwasserressourcen unterliegen deutlich stärker wachsender Nutzungskonkurrenz. Trotz eines abflachenden Bevölkerungsrückgangs in Sachsen-Anhalt stabilisiert sich die Abnahme in der öffentlichen Versorgung, während die Bedarfe der Landwirtschaft, der Industrie und des Naturschutzes zunehmen und wachsende Zielkonflikte zur stabilen Bevölkerungsversorgung enthalten.

KLIMAAANPASSUNG: HANDLUNGSBEDARF AUS SICHT DER KOMMUNALEN WASSERWIRTSCHAFT

SICHERHEIT DER TRINKWASSER-VERSORUNG GEWÄHRLEISTEN

- Belange der Trinkwasserversorgung vorrangig sichern.
- Trinkwasserressourcen vor Verunreinigungen schützen.



INFRASTRUKTUREN INTEGRAL DENKEN UND ZUKUNFTSFEST AUSGESTALTEN

- Integrale Klimaanpassung vor Ort mit allen Stakeholdern realisieren.
- Förderung der Gewässerunterhaltung um Klimaanpassungsfolgen erweitern.



KLIMAROBUSTHEIT PRÜFEN

- Strategien, Konzepte und Maßnahmen zur Klimaanpassung der Ver- und Entsorgungssysteme gezielt fördern.
- Versorgungs- und Notverbünde stärken und Förderbedingungen harmonisieren.

MEHR GRÜN UND BLAU INS GRAU

- Wassersensible Stadtentwicklung in der Stadt- und Freiraumplanung verankern.
- Kommunale Leuchtturm- und Pilotprojekte zur Starkregenvorsorge fördern.



Kommunale Wasserversorger wissen, wie Gewässerschutz funktioniert.

Dafür sind geeignete politische Weichenstellungen erforderlich:

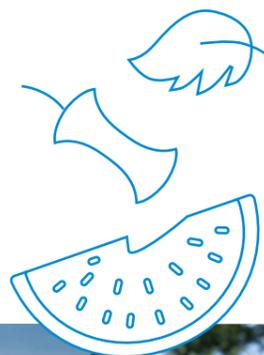
- Zur strategischen Sicherung sind die Vorranggebiete im Landesentwicklungsplan für die öffentliche Wasserversorgung hinsichtlich Eignung und Ergiebigkeit flächendeckend und regelmäßig zu überprüfen. In den Landesentwicklungsplänen sind zusätzliche Gebiete als Vorbehaltsgebiete auszuweisen.
- Bei der Neuausweisung von Bauland sind die Belange der öffentlichen Trinkwasserversorgung durch die Kommunen, die Projektentwickler und die unteren Wasserbehörden zwingend zu betrachten. Dies gilt umso mehr, als schon heute die Einzugsgebiete größer sind als die ausgewiesenen Schutzgebiete.
- Der Vorrang der öffentlichen Trinkwasserversorgung gegenüber konkurrierender Nutzungsansprüche ist in das Landeswassergesetz und in die Regelungen zur Raumordnung von Sachsen-Anhalt explizit aufzunehmen.
- Grundwasserentnahmen für gewerbliche Zwecke bedürfen eines transparenten Erlaubnisverfahrens, das die Anforderungen für einen ordnungsgemäßen und ressourcenschonenden Betrieb definiert. Substitutionsmaßnahmen sind vorrangig zu prüfen. Ein kontinuierliches Monitoring sollte die gebietsbezogenen Auswirkungen der Grundwasserentnahmen auch hinsichtlich der Entnahmemenge betrachten.
- Wegen der existenziellen Bedeutung der Ohre sind mittel- und langfristige Bewirtschaftungsziele unter besonderer Berücksichtigung der öffentlichen Trinkwasserversorgung zu etablieren. Die in Niedersachsen ansässigen Akteure sind langfristig in das Bewirtschaftungssystem zu integrieren. Dazu ist die Aufnahme der Ohre – wie der Harz – in den Status eines Vorranggebietes zur Wassergewinnung erforderlich.
- Von den Einnahmen des Wasserentnahmeentgeltes sollen auch Maßnahmen zur Sicherung der Trinkwasserversorgung unterstützt werden können.
- Strategische Ansätze und neue Finanzierungskonzepte für Investitionen in die Wasserinfrastruktur sind zu entwickeln, um ihre Resilienz zu stärken, z.B. durch Schaffung von naturnahen Retentions- oder Versickerungsflächen. Dies erfordert kommunal- und landesebenen-übergreifende Strategien im Projekt der „Anpassung an den Klimawandel 2100“. Fördermittel muss es ungeachtet der Rechtsform für kommunale Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge geben.

ABFALLWIRTSCHAFT

Eine moderne Kreislaufwirtschaft leistet einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz und zur Ressourceneffizienz. Es geht einerseits darum, die Wirtschaft nachhaltiger zu machen, in dem das Wirtschaftswachstum und der Ressourcenverbrauch entkoppelt werden. Andererseits spielen die privaten Haushalte eine wichtige Rolle bei der effizienten Produktnutzung und Abfalltrennung. Die Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie Firmen vor Ort kann nur durch die Stärkung der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger in den kreisfreien Städten und Landkreisen erreicht werden.

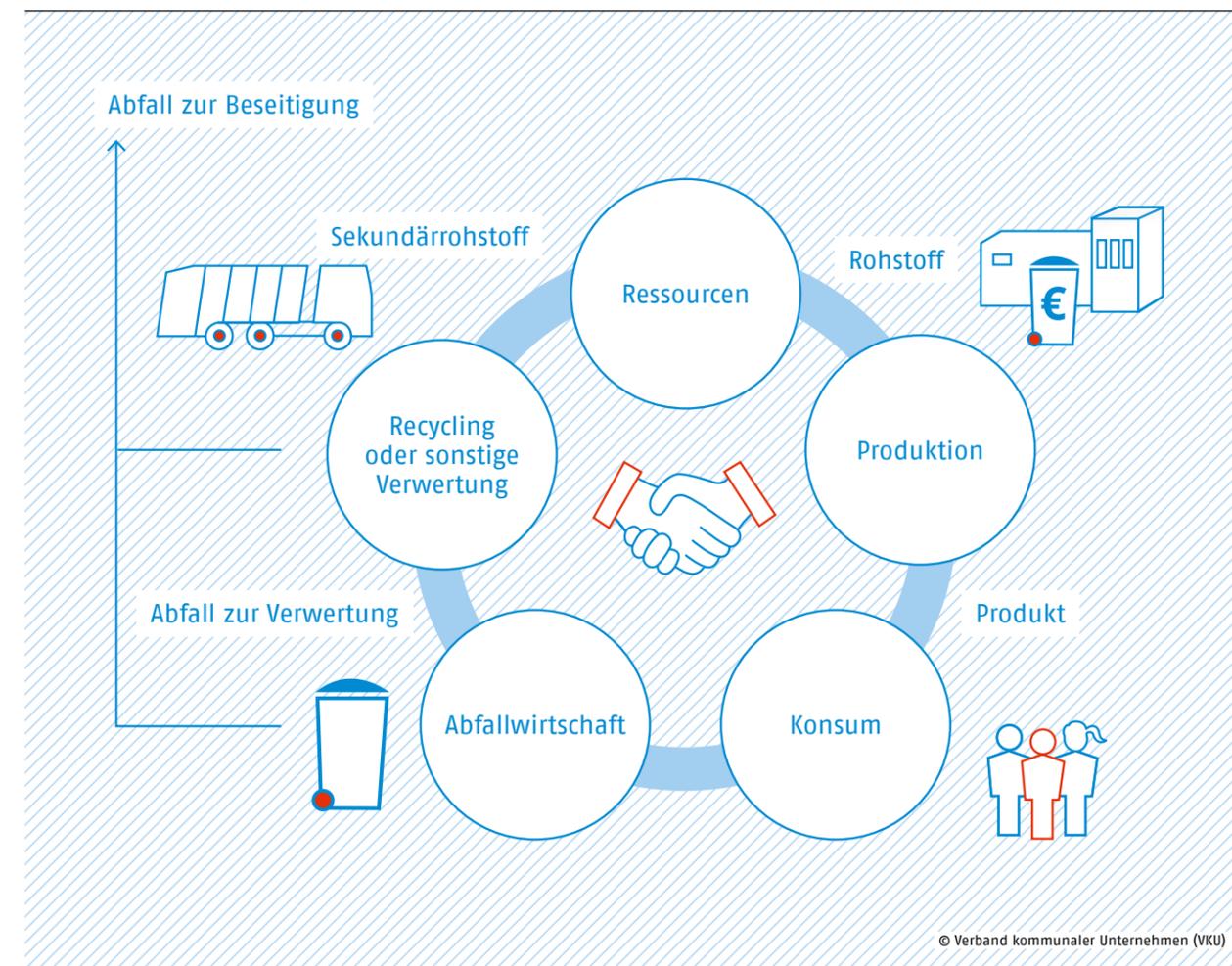
Die ständige Verfügbarkeit von ausreichenden Kapazitäten in den Entsorgungsanlagen im Land Sachsen-Anhalt ist die wichtigste Grundlage für eine funktionierende, rechtskonforme und bürgerfreundliche Abfallwirtschaft der öffentlich-rechtlichen Entsorger und ihrer ausführenden Betriebe. Insbesondere die Kapazitäten für Deponien für Baurestmassen in regionaler Nähe sind für die gesamte Bauwirtschaft, aber auch für die Sicherung von Möglichkeiten zur Schaffung von Wohneigentum der Bürgerinnen und Bürger eine wichtige Grundlage.

Das Verpackungsgesetz stellt eine wichtige Grundlage der Kreislaufwirtschaft dar. Die vergangenen Novellierungen zielen auf eine sichere und faire Finanzierung der Entsorgung der Verpackungsabfälle sowie auf erheblich höhere Verwertungsquoten ab. Diese gesetzlichen Ziele können nur durch einen starken Vollzug auf Landesebene begleitet und erreicht werden. Durch Regelungen der Produktverantwortung und Herstellerverantwortung müssen die Langlebigkeit von Produkten gewährleistet und das Design nachhaltig ausgerichtet werden. Durch Inanspruchnahme der Verantwortung der Inverkehrbringer können Vermüllungen und das Littering im Stadtbild verringert werden.



Abfälle zu recyceln ist ein Grundsatz moderner Kreislaufwirtschaft.

WAS BEDEUTET KREISLAUFWIRTSCHAFT?



© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

Ein großer Zusammenhang besteht zwischen der besseren Verwertung von biologisch abbaubaren Abfällen aus Haushalten und Gewerbe, die flächendeckend getrennt erfasst werden müssen und einer Umstellung der Antriebe von Arbeitsmaschinen und schweren LKWs auf Biomethan bzw. Wasserstoff. Die Förderung der Umstellung der Abfallsammelfahrzeuge auf alle alternativen Antriebe und die Erweiterung des Wasserstofftankstellennetzes muss in den Blickwinkel der Politik gerückt werden.

Sowohl im Bereich der Bioerfassung als auch bei der energetischen Verwertung bestehen noch erhebliche Spielräume nach oben. Dabei steht insbesondere die energetische Verwertung (Erzeugung von Biomethan und Wasserstoff als Ersatz von Brennstoffen) im Vordergrund, die durch gezielte staatliche Förderung für die öffentlich-rechtlichen Entsorger lukrativ ge-

staltet werden muss. Bisher scheiterten solche Verwertungsmodelle an den betriebswirtschaftlichen Grenzen. In diesem Zusammenhang muss auch die verstärkte und tiefgestaffelte Getrennsammlung von Abfällen und dabei insbesondere von biologisch abbaubaren Abfällen in Gewerbe, Handel und Industrie stärker durchgesetzt werden.

Der in der Bioabfallbehandlung entstehende Kompost hebt sich als natürlicher Dünger von künstlich erzeugten Produkten ab. Dies sollte im Düngerecht Berücksichtigung finden.

Auch die zielgerichtete Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes auf Ebene des Landes und der Kommunen ist im Hinblick auf den aktuellen Papierverbrauch ein Baustein der Nachhaltigkeit. Zudem ist durch fortschreitende Digitalisierung auch eine Verbesserung des Bürgerservice insgesamt erreichbar.

› GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE



Es ist kein Lippenbekenntnis, sondern unser Credo:

- Die kommunalen Unternehmen sind die Träger der Daseinsvorsorge.
- Wir sind die Ermöglicher der Energiewende.
- Wir sorgen für gleichwertige Lebensverhältnisse!

An diesen Leitsätzen richten wir unser tägliches Handeln aus. Wir sind uns der Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger von Sachsen-Anhalt bewusst. Für dieses Agieren gibt es rechtliche Vorgaben, Gesetzesrahmen und Aufträge der politischen Gremien auf allen kommunalen Ebenen. EU, Bund, Land und Kommune geben den kommunalen Unternehmen ihren Handlungsspielraum vor. Drei Schlagworte werden uns in den kommenden Jahren im Wesentlichen begleiten.

Demografie

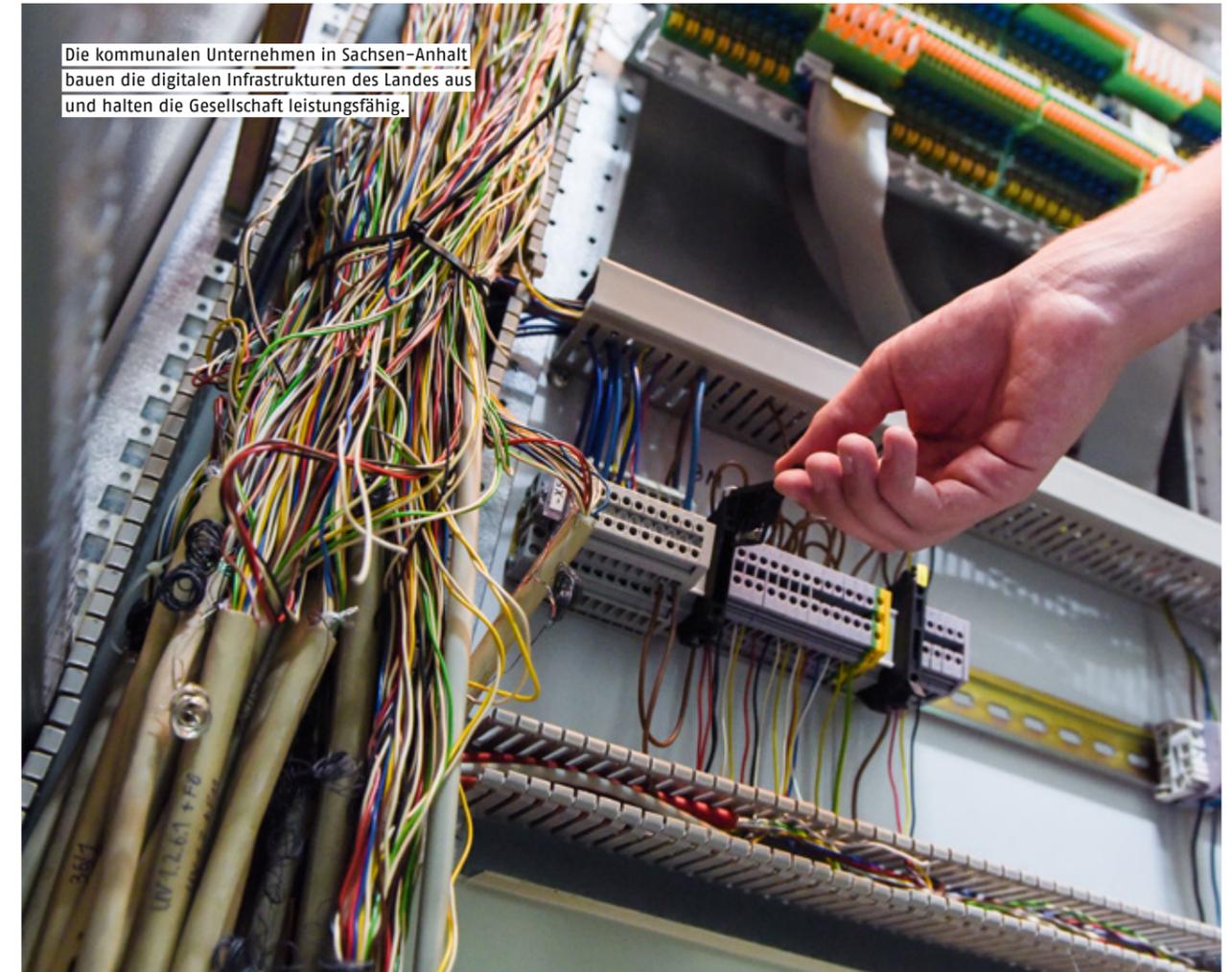
Demografie fordert wie auch die Digitalisierung und der Klimawandel die Daseinsvorsorge weiterhin heraus. Sie verändert die Rahmenbedingungen für die sichere Versorgung und Entsorgung. Das erfordert vielerorts Infrastruktur-Anpassungen.

Die Bevölkerung von Sachsen-Anhalt wird weiter schrumpfen, wenn auch auf einem niedrigeren Niveau als noch in den 1990er und Nuller-Jahren. In 2030, so sagt es die Landesprognose, wird die Einwohnerschaft unter die Zwei-Millionen-Menschen-Marke gesunken sein. **Dies macht die Planung von Infrastrukturen zu einer Herausforderung im Spannungsfeld von sicherer und bezahlbarer Ver- und Entsorgung.** Infrastrukturen wie Erneuerbare-

Energie-Anlagen, Wasser-, Gas-, Strom- und Glasfasernetze sind präzise zugeschnitten auf die Situation vor Ort wie Topographie, Hydrologie, Geologie, erneuerbare Energiequellen oder Siedlungsstruktur. Aber, und das macht die Investition in Infrastruktur noch einmal bemerkenswert: Sie werden für Generationen gebaut. Bei sinkender Bevölkerungszahl – und vor allem –dichte, wird der „letzte Kilometer“ teurer, je weniger Nutzer an ihn angeschlossen sind. Neue Konzepte müssen anerkannt werden, um dieser Herausforderung zu begegnen. Bereits jetzt machen sich die kommunalen Unternehmen Gedanken, wie dies realisiert werden kann – führen zum Beispiel Solidarpreise ein, so dass hohe Fixkosten in einem kleineren Cluster auf alle im Versorgungsgebiet verteilt werden. Auch über Kooperationen über Gemeindegrenzen hinweg lassen sich so ungleiche Lasten besser verteilen.

Digitalisierung

Wie attraktiv Sachsen-Anhalt, wie wettbewerbsfähig unsere Wirtschaft und wie die Teilhabechancen in unserer Gesellschaft verteilt sind, entscheidet sich auch in der Frage der Digitalisierung. Dazu leisten kommunale Unternehmen mit moderner Daseinsvorsorge einen entscheidenden Beitrag – insbesondere durch den Ausbau der Glasfasernetze.



Die kommunalen Unternehmen in Sachsen-Anhalt bauen die digitalen Infrastrukturen des Landes aus und halten die Gesellschaft leistungsfähig.

Dabei geht es unseren Unternehmen nicht um die Rendite: Sie bauen dort aus, wo es sich für kurzfristig gewinnorientierte TK-Netzbetreiber nicht lohnt, z.B. im ländlichen Raum. Während städtische Gebiete mehrfach überbaut werden, bleiben ländliche Strukturen vom schnellen Internet abgehängt. Ursache sind strukturelle Wettbewerbsverzerrungen. Die Politik sollte künftig für rechtliche und regulatorische Chancengleichheit auf dem Markt sorgen. So könnte sie Investitionen in echte Glasfasernetze anreizen, den Doppel- und Überausbau stoppen und dafür sorgen, dass unterversorgte Gebiete schnelles Internet bekommen. Dafür muss der Wettbewerb von der Infrastruktur zu den Diensten auf dem Netz verlagert werden.

Statt volkswirtschaftliches Vermögen zu verschwenden, sollten wir Synergien nutzen: Kooperationen und Netzzugangsvereinbarungen sind ein gutes Mittel, um den Ausbau der Glasfasernetze schneller und günstiger voranzutreiben. Bereits heute stellen über 50 Prozent der kommunalen TK-Unternehmen einen diskri-

minierungsfreien und offenen Netzzugang für private TK-Anbieter zur Verfügung (Open-Access). Weitere 20 Prozent planen es. Politik muss für die richtigen Rahmenbedingungen sorgen, um Kooperationen auf Augenhöhe zu unterstützen. Zusatzgewinn: Verbraucher bekommen mehr Wahlfreiheit bei den Leistungen auf dem Netz (VKU-BT-Broschüre).

Der VKU begrüßt die Digitale Agenda des Landes Sachsen-Anhalt und den darin festgeschriebenen 10-Punkte-Plan. Vor allem das vordringlichste Ziel: „1. Wir bauen unsere digitale Infrastruktur aus!“ begrüßen wir ausdrücklich und stehen als kompetenter Partner – dessen Wertschöpfungskette bis zum Ende im Land bleibt – bereit. Ab 2030 soll es demnach landesweit möglich sein, Daten in Gigabit-Geschwindigkeit auszutauschen. Auch ein hochleistungsfähiges 5-G-Netz soll vorangetrieben werden. In diesen Vorhaben sind die kommunalen Infrastrukturdienstleister gute Partner, die zu fairen Konditionen für die Kommunen und Kunden agieren.



Egal ob Auto oder Fahrrad, die Stadtwerke sind Treiber und Träger der E-Mobilität.

E-Mobilität

Kommunale Unternehmen treiben die Mobilitätswende voran. Mehr als die Hälfte der öffentlichen Ladepunkte in Deutschland ist in kommunaler Hand. Auch in Sachsen-Anhalt sind die kommunalen Unternehmen Ermöglicher der Ladeinfrastruktur. Die Stadtwerke haben viel investiert, um das öffentliche Laden zu jeder Zeit zu ermöglichen. Dies ist zwar durch Landes- und Bundesmittel unterstützt worden, von einem wirtschaftlichen Betreiben ist jedoch vielmals keine Rede. Öffentliches Stromtanken ist kein Gewinnbringer. Dies führt dazu, dass die kommunalen Unternehmen schlussendlich Träger dieses von der Politik gewollten Angebotes sind.

Der weitere geplante Ausbau der öffentlichen Infrastruktur ist für einzelne kommunale Unternehmen nicht zu schaffen. Allein das vom Bund geplante Schnellladegesetz, das 1.000 DC-Lade-

parks vorsieht, verschärft das Ungleichgewicht und erschwert es den Kommunalen in diesem Zukunftsfeld Fuß zu fassen. Hier ist aktive Hilfe durch das Land zu schaffen, das die Wertschöpfungskette in den Kommunen, hier insbesondere in den ländlichen Raum verlängern muss.

Aus den Stadtwerken sind in den vergangenen Jahren in der kürzesten Zeit, neben Energieversorgern und Dienstleistern, Mobilitätsanbieter für den Individualverkehr geworden. Unsere Unternehmen ermöglichen neben dem öffentlichen auch das private Laden. Wir bringen die E-Mobilität nach Hause. Dass dafür die Verteilnetze im Land und in den Kommunen ertüchtigt werden müssen, führt zu weiteren Kostensteigerungen, die schlussendlich alle unsere Kundinnen und Kunden zu tragen haben. Hier ist auch das Land gefordert, den Netzausbau hin zu Smart Grids aktiv zu begleiten und finanziell zu unterstützen. Forschung in diesen Bereichen und die Verwirklichung der Ergebnisse führt zu einer Attraktivitätssteigerung des Standortes Sachsen-Anhalt.

› IHRE ANSPRECHPARTNERINNEN IN DER VKU-LANDESGRUPPE SACHSEN-ANHALT



Thomas Pietsch
Vorsitzender der Landesgruppe
pietsch@vku.de



Anja Keßler-Wölfer
Geschäftsführerin der Landesgruppe
kessler-woelfer@vku.de



Peter Busch
Referent der Landesgruppe
busch@vku.de

Marlen Eckstein
Assistentin der Geschäftsführung
Fon +49 391 587-2140
eckstein@vku.de

Verband kommunaler Unternehmen e.V. Landesgruppe Sachsen-Anhalt
Am Blauen Bock 1, 39104 Magdeburg
Fon +49 391 587-2140, Fax +49 391 587-2826
Web: www.vku.de/verband/struktur/vku-in-den-laendern/sachsen-anhalt

Gestaltung und Produktion

VKU Verlag GmbH
Invalidenstraße 91
10115 Berlin
Fon +49 30 58580-850
Fax +49 30 58580-6850
info@vku-verlag.de
www.vku-verlag.de



Bildnachweise

stock.adobe.com/Waldteufel (Titel), Manuel Schmid (S. 5), Stadtwerke Halle (S. 6 links, S. 10 links), Stadtwerke Bernburg GmbH / Michael Kiesslich (S. 6 rechts), Stadtwerke Lutherstadt Wittenberg (S. 9 links), Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH (S. 9 rechts), Abfallwirtschaft Sachsen-Anhalt Süd (S. 10 rechts), Städtische Werke Magdeburg GmbH & Co. KG (S. 13, S. 14 rechts), Stadtwerke Schönebeck (S. 14 links)

www.vku.de